RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.Ausgabe

317

Wien, am 23.November 1932.

Rechnungsabschluss 1931

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 23. November 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 17 Uhr die Sitzung.Der Gemeinderat tritt in die Beratungen über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 ein.

Die Verhandlungen leitet Stadtrat Breitner mit einer Rede ein, in der er das abgelaufene Verwaltungsjahr als ein Krisenjahr erster Ordnung für die Gemeinde Wien bezeichnet.Der Zusammenbruch der Creditanstalt brachte eine nie vorher auch nur annähernd dagewesene Vertrauenserschütterung in der ganzen Welt.Die Wirtschaftsstörung besteht noch unvermindert und macht sich überall,vor allem naturgemäss in Wien verhängnisvoll fühlbar.Darüber hinaus aber wurde Wien durch die harte und ungerechte Abänderung der Abgabenteilung schwerstens beeinträchtigt.Die Abgaben des Wiener Industriegebietes wandern ab und ermöglichen ausserhalb Wiens eine viel leichtere Steuerpraxis. Dafür fehlen aber dem Wiener Gewerbe die Aufträge der Gemeinde und die Folge alldessen ist das Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Die Abgabenertragsanteile haben statt der laut Mitteilung des Finanzministeriums veranschlagten rund 138 Millionen Schilling knapp 88 Millionen Schilling geliefert. Mitten im Verwaltungsjahr mussten die vom Gemeinderat bereits bewilligten Budgetansätze weitestgehend geändert werden. Die Bezüge der aktiven und pensionierten Angestellten sind gekürzt wurden, die Investitionen,darunter leider auch der Wohnhausbau haben sehr starke Einschränkungen erfahren. Nur das Fürsorgewesen ist von einer Minderung der Leistungen ausgeschlossen geblieben. Ersparnisse, die in den Anstaltsbetrieben erzielt werden konnten, sind der offenen Armenpflege zu Gute gekommen.

Der Finanzreferent wendet sich sodann dem Problem der Finanzierung der Wohnhausbauten zu und führt diesbezüglich Folgendes aus:

Alle Länder und Gemeinden, die eine grössere Verschuldung aufweisen, befinden sich gegenwärtig in der übelsten Lage. Jeder Tag bringt Meldungen von der Zahlungsunfähigkeit der angesehendsten Städte. Ich will nicht von den Schwierigkeiten sprechen, die New York oder Chigago haben. Es sei bloss daran erinnert, dass in der letzten Zeit Frankfurt a.M. und Köln an die Nachsicht ihrer Gläubiger appellieren mussten. Angesichts dieses Tatbestandes sollte man meinen, dass die so viel angefeindete Finanzpolitik der Gemeinde als richtig anerkannt wird, die Investitionen, in erster Linie den Wohn-hausbau nicht durch Schulden zu finanzieren.. Trotzdem hat es bei der Beratung des Rechnung-abschlusses 1931 im gemeinsamen Ausschuss nicht an tadelnden Hinweisen nach dieser Richtung hin gefehlt..
Man muss sich nur einmal vergegenwärtigen, wie die Lage Wiens wäre, wenn wirklich der Weg der Anleihen beschritten worden wäre. Einige unanfechtbare Zahlen werden das notwendige Bild liefern. Vom ersten Jänner 1923 an bis zum 31. Dezember 1932 werden sich die Ausgaben der Gemeinde für den Wohnhausbau aus eigenen Mitteln, also ohne Einbeziehung der Bauten mit Hilfe der Bundesaktion, auf rund 760 Millionen Schilling belaufen. Dazu kommen noch die Aufwendungen für Grundkäufe in dem gleichen Zeitabschnitt mit 55 Millionen Schilling. Das ergibt zusammen Ausgaben für

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
2.Blatt
Wien, am .....

den eigenen Wohnhausbau von 815 Millionen Schilling. Die grossen Kosten für die Aufschliessung des Geländes, für Strassenbau, Kanalisation, Zuleitung von Wasser, Gas und Strom bleiben dabei vollkommen unberücksichtigt. Die Gemeinde hat bekanntlich eine einzige Anleihe , jene für die städt. Unternehmungen, Ende 1927 aufgenommen. Es war dies die günstigste Zeit und Wien konnte, eben nur deshalb, weil es sonst schuldenfrei war, ungewöhnlich vorteilhafte Bedingungen erzielen. Geht man also selbst von der unwahrscheinlichen Annahme aus, dass es möglich gewesen wäre, auch den Wohnhausbau in der gleichen so vorteilhaften Weise zu finanzieren, so würde dem ein Anlehensnominale von 924 Millionen Schilling entsprechen. Der durch 25 Jahre zu leistende Tilgungsdienst samt den Einlösungsspesen würde sich alljährliche auf rund 76 Millionen Schilling belaufen. Und nun muss man die Wirkung auf das Budget untersuchen. Zunächst ist es selbstverständlich, den Nettoerlös der Wohnbausteuer als Deckung zu verwenden. Es sind dies laut Voranschlag 1933, also schon einschliesslich der Erhöhung, 44,514.000 Schilling. Damit könnte also, wie man sieht, keinesfalls das Auslangen gefunden werden. Es wäre vielmehr notwendig, noch darüber hinaus rund 31.5 Millionen Schilling aus anderen Steuerquellen heranzuziehen. Das Erträgnis von nicht weniger als weiteren zwölf Gemeindesteuern müsste für den Schuldendienst herangezogen werden. Grundsteuer, Bodenwertabgabe von verbautem Liegenschaften, Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen, Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, Fremdenzimmerabgabe, Wertzuwachsabgabe, Plakatabgabe, Inseratenabgabe, Hauspersonalabgabe, Feuerversicherungsabgabe, Feilbietungsabgabe und Konzessionsabgabe sollen nach dem nächstjährigen Budget 31,330.000 Schilling liefern. Es bliebe noch ein ungedeckter Rest von einigen hundertausend Schilling übrig. Das alles müsste nur für den Anlehensdienst verwendet werden ! Von irgendeiner, auch noch so gering fügigen Wohnbautätigkeit könnte selbst verständtlich gar keine Rede sein. Mit Hilfe der heute noch vorfügbaren Wohnbausteuer können immerhin 4ooo Wohnungen alljährlich geschaffen werden. 4ooo Familien findan Jahr für Jahr eine menschenwürdige Unterkunft. Tausende Arbeiter haben Beschäftigung. Das alles hätte ein Ende. Zuwelchen fürchterlichen Drosselungen des Budgets die Beschlagnahme der anderen zwölf Gemeindesteuern für Schulden zahlen noch ausserdem führen müsste, kann man sich vorstellen. An eine Aufrechterhaltung der Fürsorge im heutigen Umfange wäre nicht mehr zu denken. In einer Zeit wachsender Steuerergebnisse mochte man vielleicht das Schuldenmachen anders betrachten. Gerade die rückläufige Konjunktur beweist, dass es ein schweres Unglück für Wien gewe wäre, dieser Verlockung zu folgen.

Der Finanzreferent wendet sich sodann den gleichfalls zur stehenden Berichten Beratung/des Rechnungshofes und Kontrollamtes zu. Wien steht, so legte er dar, auch in dieser Beziehung unter einem Sonderrecht. Als erste Gemeinde und als erstes Land hat Wien freiwillig sich ein eigenes, vom Magistrat vollkommen unabhängiges Kontrollamt geschaffen. Es ist seit 1. Juli 192o tätig. In ganz ausgezeichneter Weise ! Aus rein politischen Gründen wurde Wien überdies der Ueberprüfung durch den Rechnungshof unterstellt. Nun liegen bereits 3 Berichte des Rechnungshofes vor. Alljährlich prüft ein Stab der hervorragensten Beamten, die über ein bewundernswertes Mass von Sachkenntnis verfügen, monatelang die Gebarung.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
3. Blatt
Wien, am .....

Neben manchem uneingeschränkten Lob stellen die Berichte Uebersehen, Mängel, Fehler fest, wie sie eben unvermeidlich jedem Menschenwerk anhaften. Der Rechnungshof gibt auch wertvolle Anregungen, die gerne befolgt werden. Nachdem der Nationalrat das Gesetz beschlossen hatte, wurde selbstverständlich der Standpunkt eingenommen, dem Rechnungshof seineschwierige Arbeit nach jeder Möglichkeit hin zu erleichtern. Der Präsident des Rechnungshofes anerkannt dies auch durch seinen Antrag, der Gemeinderat möge den Beauftragten für ihre Haltung den Dank aussprechen.

Das Vorhandensein zweier Kontrollapparate hat zur Frage Anlass gegeben, ob nicht eine überflüssige Doppelarbeit verrichtet werde. Das trifft nicht zu. Die Tätigkeit des Kontrollamtes und des Rechnungshofes ist eine völlig verschiedenartige. Unter gar keiner Bedingung kann etwa das städtische Kontrollamt als entbehrlich bezeichnet werden. Wenn es nicht schon da wäre, müsste es gegründet werden.

Die Kontrolle des Rechnungshofes beginnterst, wenn das Gebarungsjehr vollständig abgeschlossen und der Rechnungsabschluss aufgestellt ist. Die Tätigkeit des städtischen Kontrollamtes aber ist eine laufende, täglich auszuübende, welche die Geschäftsgebarung des Magistrate unausgesetzt begleitet. Das Kontrollamt unterzieht die Geschäftsfälle unmittelbar nach ihrem Entstehen einer Ueberprüfung. So prüft beispielsweise das Kontrollamt täglich jede einzele Post der Hauptkasse und dadurch auch mittelbar die Kassen aller Bezirksämter. In sämtliche Belege und Buchungen nimmt das Kontrollamt spätestens innerhalb 24 Stunden Einsicht. Das blosse Bewusstsein., dass eine vom Magistrate völlig unabhängige Kontrollstelle der Gemeinde unausgesetzt am Werke ist, schärft selbstverständlich die Aufmerksamkeit und verhindert von vorneherein sehr viele Unrichtigkeiten und Unkorrektheiten in der Gebarung. Das ständige Bereitsein für eine Kontrolle durch das eigens hiefür bestimmte Amt hat sich insbesondere auf dem Gebiete der Kassen-,Inventar- und Materialgebarung von oft erprobtem Werte erwiesen. Das unausgesetzte, rascheste, dem Entstehen eines Schadens vorbeugende Funktionieren ist die Aufgabe des städtischen Kontrollamtes.

Stadtrat Breitner richtete schliesslich an den Gemeinderat die Bitte, in die Beratung des Rechnungsabschlu-sses einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Nach Eröffnung der Sitzung leisten die an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Fuchs, bezw. des Gemeinderates Fischer, der sein Mandat niedergelegt hat, die einberufenen Gemeinderäte Dr. Wernisch und Koppitsch die Angelobung.

Die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss wird zugleich mit der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzen abgeführt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

4. Blatt

Wien, am .....

GR.Dr Zörnlaib (chr.soz.) bemerkt,wenn etwas, so Beweise dieser Rechnungsabschluss, dass die Verwaltungskunst der Sozialdemokraten im Wiener Rathaus oder,besser gesagt, ihre Grossmannssucht Schiffbruch gelitten hat.Dieser Rechnungsabschluss tut mit seinem stattlichen Gebarungsabgang von über 38 Millionen auch recht einträglich dar,auf welches Niveau wirtschaftlicher Verelendung die gesamte Bevölkerung, also auch die Arbeiterklasse gesunken ist.Er ist mit seinem trotz rücksichtslosester Steuereintreibung um rund 15 Millionen verringerten Eingängen an Landes- und Gemeindeabgaben eine mächtige Anklage gegen ein wirtschaftsvernichtendes System,das man schon als kommunales Ausbeutungssystem bezeichnen muss,gegen ein System,das aus einem der grössten Zusammenbrüche unseres Volkes und seiner Wirtschaft geboren wurde.Es fällt uns Christlichsozialen gewiss nicht ein, jenen Vorwürfe zu machen, die einst wohl gutgläubig, aber nicht minder leichtgläubig den Versprechungen der sozialdemokratischen Partei, dass sie aufs sparsamste und wirtschaftlichste in der Gemeinde haushalten werde, Gehör geschenkt haben,jenen,die Ihnen ihre Versprechungen von dem geistigen, kulturellen aber auch wirtschaftlichen Aufstieg des Arbeiterstandes geglaubt haben.Aber mit Ihnen,mit der Mehrheit des Gemeinderates,die es verstanden hat,durch solche Versprechungen die Mehrheit der Wiener Bevölkerung für sich zu gewinnen,müssen wir ein ernstes Wort reden und wir hoffen,dass Sie uns diesmal nicht nur anhören , sondern auch erhören im Interesse der werktätigen Bevölkerung Wiens und der Wiederbelebung unserer durch Ihre masslosen Ausgaben und Abgabenpolitik zusammengebrochenen Wirtschaft.Wir Christlichsoziale haben Sie oft genug gewarnt und von Ihnen verlangt,Sie mögen nicht so eine wirtschaftliche Fahrt ins Blaue inszenieren,Sie mögen nicht so wirtschaften, als ob wir nie einen Krieg verloren hätten, als ob bei uns Handel, Industrie und Gewerbe noch in Blüte wäre, als ob wir über ein Uebermass von reichen Leuten in Wien verfügten, deren Reichtum unerschöpflich ist.Aber Sie haben alle unsere Warnungen in den Wind geschlagen.Ihre Abstimmungsmaschine funktionierte tadellos,auch wenn sie die Wirtschaft zermalmte.Sie waren von einer marxistischen Ekstase befallen.Wer so vermessen war, Ihnen zu sagen, dass Ihre Ausgaben- und Abgabenpolitik wirtschaftsvernichtend sei,den haben Sie rundweg als einen Feind der Arbeiterklasse verfehmt, als einen Feind jener Arbeiter,die Sie nun dank Ihrer wahnwitzigen Politik dem gefährlichsten und dem am schwersten zu bezwingenden Feind der Arbeiterschaft nämlich der Arbeitslosigkeit ausgeliefert haben.

Wir Christlichsoziale haben Ihre Gemeindepolitik bekämpft sowohl wegen ihrer Ziele als auch wegen der von Ihnen angewendeten Mittel und auch wegen ihrer einseitigen klassenmässigen parteipolitischen Einstellung.Sowohl der Rechnungsabschluss wie der Kontrollamtsbericht und der Rechnungshofbericht geben uns darin recht.Ihre Ziele waren utopisch,dabei aber mit unheimlich vielen Kosten verbunden.Sie wollten ja das Gros der kulturellen und sozialen Bedürfnisse, so wie Sie sie sehen,gleich für mindestens vier Generationen von einer einzigen Generation, von der gegenwärtigen tragen lassen. Was haben Sie,als Sie Ihre Herrschaft antraten, alles versprochen! Da ist Ihre Wohnhauspolitik.Sie haben immer hinausposaunt,das nun in dieser sozialistischen Musterstadt die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt für ewige Zeiten begründet sei.Sie haben Ihre Elite in diese "monumentalen Stätten sozialistischen Aufbaues" gesetzt.Das Gros dieser Ihrer Anhänger lebt heute in diesen monumentalen Stätten ein Elendsleben,

gesetzt auf die Arbeitslosenunterstützung und zum grössten Teil schon ausgesteuert, und Sie müssen nun dazu sehen, wie Sie aus diesen monumentalen Stätten sozialistischen Aufbaues Ihren Mietzins bekommen. Heute dreht es sich gar nicht darum, ob mit Anleihe oder nicht gebaut worden ist. Auf Grund des Rechnungsabschlusses ist das Eine feststehend, dass dieses Ziel, den Hausbesitz zu sozialisieren, Unsummen Geldes gekostet hat, dass aber dieses Ziel ein Dahinschwinden der kommunalen Steuerträger und ein Herabsinken der Gemeinde- und Landesabgaben um mehr als 15 Millionen gebracht hat. Der Rechnungsabschluss zeigt aber auch, dass dieses Ihr Ziel utopisch war. Denn schon im Jahre 1931 mussten Sie unter dem Druck der realen Verhältnisse die Ausgaben für diese Zwecke von 90 auf 60 Millionen senken, Sie mussten im Jahre 1932 noch weiter herabgehen und werden im Jahre 1933 die Ausgaben noch weiter um ein Bedeutendes senken müssen. Aber auch der Kontrollamtsbericht zeigt, wie richtig unsere Einwendungen waren. In diesem Bericht wird festgestellt, dass sich bei der Werkstätte des städtischen Fuhrwerksbetriebes die Kosten von Neuherstellungen höher beliefen als bei privaten Firmen und dass durch eine wesentliche Verringerung der Durchführung von Neuherstellungen es inzwischen möglich gewesen ist, den Personalstand der Werkstätte um rund 30 Prozent herabzusetzen. Auch in der Werkstätte im XII. Bezirk ist durch Vergebung von Arbeiten an Private der Personalstand wesentlich verringert worden. Das gleiche gilt von der Erhaltung der öffentlichen Gartenanlagen, für die Fuhrwerksleistungen im Betrieb der Gemeindefriedhöfe und so weiter. Ueberall haben Ihre Sozialisierungstendenzen Schiffbruch gelitten. Sie waren sogar gezwungen, Arbeiter und Angestellte abzubauen. Bei den nächsten Wahlen dürfte die Mehrheit nicht mehr versprechen wir bauen weiter, sondern sie müsste sagen: wir bauen weiter ab (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen)

Rechnungsabschluss und Kontrollamtsbericht geben uns aber auch Recht, wenn wir Sie so hartnäckig bekämpfen wegen der von Ihnen angewendeten Mitteln. Sie haben durch Aufzwingung einer Serie von Steuern, die sich vor allem gegen die Träger der bürgerlichen Wirtschaftsordnung richteten, alles in Ihrem fanatischen Hass gegen jeden Besitz getan, um auch den schaffenden Besitz zu schädigen, und haben dabei übersehen, dass ein solches Vorgehen für die Wirtschaft katastrophal ist, sich aber auch naturgemäss auf tausende und abertausende Arbeiter und Angestellte auswirkt. Sie haben auch wirtschaftlich vertretbare Abgaben mit einer solchen Rücksichtslosigkeit und mit einer Nichtbeachtung der Wirtschaftkraft des einzelnen Steuerträgern bemessen und eingehoben, dass man füglich sagen kann, die Gemeinde ist nicht nur Eigentümerin einer Leichenbestattung, sie ist auch die Totengräberin vieler tausender wirtschaftlichen Existenzen (Lebhafter Beifall b. d. Chr.soz.)

Es war uns von vornherein klar, dass bei dieser enormen Höhe und unfassbaren Zahl von Gemeindeabgaben schliesslich die Steuerquellen versiegen müssen. Die Fürsorgeabgabe musste zurückgehen, da sie in ihrer derzeitigen Höhe produktionshemmend ist und deshalb eine Unzahl von Unternehmungen zugrundegehen müssen. Auch das Herabsinken der Abgabe für öffentliche Ankündigungen und der Inseratenabgabe deutet auf ein Schwinden der Steuerkraft, auf ein Schwinden von Unternehmungen hin. Mit der Hauspersonalabgabe, mit der Sie einst die Reichen treffen wollten, haben Sie nur die Aermsten der Armen getroffen. Sie ist um rund eine Viertelmillion geringer geworden. Die Reichen sind abgewandert, zurückgeblieben sind nur die stellenlosen Hausgehilfen. Es ist übrigens für die Mehrheit, die immer vorgibt, sozial zu handeln, kennzeichnend, dass sie gerade diese Steuer, gegen die wir seit jeher ankämpfen, noch immer aufrecht erhält. Dass auch die

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
VI.Blatt
Wien, am .....

Abgaben vom Verbrauch von Gas und elektrischem Licht gesunken sind,zeigt, dass die grossen Massen sich auch schon am Notwendigsten einschränken müssen.Wo gegenüber dem Voranschlag einige wesentliche Mehreinnahmen erzielt worden sind,wie zum Beispiel bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, bedeutet dieses Plus auch nur einen Leichenstein mehr auf dem Wege ganzer Gruppen von Gewerbetreibenden.Auch die Mehrheinnahme bei der Wertzuwachsabgabe ist kein erfreuliches Zeichen.Zum Teil ist sie wohl auf die Schillingflucht, zum grossen Teil aber auf Zwangsversteigerungen zurückzuführen, die auch nur den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Existenzen bedeuten.Hören Sie endlich einmal damit auf, die Wirtschaftskrise und den Zusammenbruch der Creditanstalt als die Hauptfaktoren dafür hinzustellen, dass Ihr Etat über das Haufen geworfen wurde.Wir meinen, dass zumindest ebensoarg wie diese beiden Faktoren in dieser Stadt eine masslose Klassenmässig eingestellte Steuer- und Abgabenpolitik gewütet hat(Lebhafter Beifall bei den Chr.soz.).Wie recht wir hatten, als wir schon seit Jahren einen radikalen Abbau der Abgaben verlangt haben,beweist auch die enorme Höhe der Rückstände an Landes- und Gemeindeabgaben im Betrage von 24'51 Millionen.Auch wenn sich dieser Rückstand auf zehn Jahre bezieht, ist das genug.Die Anregung des Kontrollamtes, der Magistrat möge diese Einnahmenrückstände auf ihre Einbringlichkeit überprüfen, ist sehr berücksichtigungswürdig, Das Ergebnis dieser Ueberprüfung wird sein, dass diese Rückstände restlos uneinbringlich sind und dass sie restlos werden abgeschrieben werden müssen.Man verschaffe damit der Bevölkerung endlich eine kleine Erleichterung, nachdem man sie durch ein Jahrzehnt mit dieser wahnwitzigen Abgaben- und Ausgabenpolitik gequält hat.

Der Rechnungsabschluss beweist aber auch, wie berechtigt unsere Gegnerschaft gegen Ihre einseitige parteipolitische Einstellung in der Gemeindepolitik war.Da hat man viele Millionen Schilling aus der ganzen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteieinstellung herausgepresst und sie zur Erbauung von Mammuthäusern verwendet, die nichts anderes sein sollten ,als Zwingburgen Ihres Parteigeistes.Sie erbauen diese Wohnungen ja nur deshalb damit Sie Ihren Parteiangehörigen Geschenke machen können.Es kommt Ihnen nicht darauf an , in dieser Stadt, sondern für Ihre Parteigenossen sichtbar zu verwalten.Sie haben die Siedlungsbewegung vernachlässigt, ja ihr sogar entgegengearbeitet, weil Sie heimatverbundene Menschen nicht brauchen.Sie haben auch viel Geld für das Stadion ausgegeben, zum guten Teil deshalb, damit Sie dort die Arbeiterolympiade abhalten können.Die ganze Stadt musste die Inszenierungskosten für eine Parteiparade bezahlen.

Wenn uns auch Rechnungsabschluss,Kontrollamtsbericht und Rechnungshofbericht Recht geben,so stehen wir allen diesen Vorlagen doch ablehnend gegenüber,zunächst aus materiellen Gründen, weil sie auf einer von uns bekämpften, grundirrigen Gemeindepolitik aufgebaut sind(Lebhafter Beifall b. d.Chr.soz'.Alle diese Vorlagen geben auch kein ganz klares Bild, namentlich nicht über das Gemeindevermögen, obwohl es für die Bevölkerung, deren Grossteil hungert und darbt, sehr interessant wäre, zu wissen,wie gross insbesondere das Immobiliarvermögen der Gemeinde ist.Wir lehnen die Vorlage aber auch aus formellen Gründen ab.Wir wollen mit Ihnen in keinem Belange die Verantwortung teilen.Sie haben gegen uns immer die Abstimmungsmaschine wirksam werden lassen.Nun tragen Sie auch nur allein die Verantwortung,die gewiss recht schwer ist.Aber wir geben Ihnen einen Trost mit.Rechnungsabschluss, Kontrollamtsbericht und Rechnungshofbericht zeigen ja deutlich, dass Ihre Verwaltungsmethoden,dass Ihre Herrschaft in dieser Stadt zur Neige geht.Dem Marxismus, dem Sozialismus gehört nicht die Zukunft dieser Stadt,die Zukunf

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

gehört ja doch der christlichsozialen Idee und ihrer Partei, die es verstanden hat, nicht als Diener einer Klasse, sondern als Diener der Allgemeinheit zum Wohle der Gesamtheit der Bevölkerung Wiens diese Stadt zu verwalten (Lebhafter Beifall bei den Chr.soz.)

Stadtrat Frauenfeld (Nat. soz.) führt aus, der vorliegende Rechnungsabschluss stehe im Zeichen des Ereignisses, dass nach der Erledigung dieser Vorlage der geistige Vater des gegenwärtigen Systems die Absicht hat, in der politischen Versenkung zu verschwinden. Wenn Herr St.R. Breitner sich von seiner Tätigkeit zurückzieht, so nicht nur deshalb, weil zwischen dieser Absicht und der Wahl von 15 Nationalsozialisten eine mwerkwürdige Gleichzeitigkeit besteht, sondern wohl auch deshalb, weil er nicht den Zusammenbruch seiner Tätigkeit erleben will. Man konnte diese Finanzpolitik solange fortsetzen, solange das Kapital dazu vorhanden war. Herr St. R. Breitner hat heute hier erklärt, dass die Finanzen der Gemeinde Wien in Ordnung sind, während andere Städte in grosse Not geraten sind (Gem. Rätin Deutsch-Kramer (soz. dem.) z.B. Koburg !) Wir haben in Koburg eine Schuldenlast übernommen und verringert, wie wir es überall tun, wo wir zu verwalten Gelegenheit haben. Wenn aber darauf verwiesen wird, dass die Finanzen anderer Städte in Unordnung geraten sind, so muss dem entgegengehalten werden, dass es dafür der Bevölkerung in diesen Städten besser geht. (Zustimmung bei den Nat. soz.) Hier werden wir es aber erleben, dass die Gemeinde Wien schliesslich der letzte Ueberlebende in Wien sein wird. Es handelt sich nicht darum, schöne Rechnung-sabschlüsse vorzulegen, sondern darum, der Bevölkerung erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen , und dieses Problem haben die Sozialdemokraten nicht gelöst. Wer mit offenen Augen durch die Strassen dieser Stadt geht, sieht, dass, soweit es sich um die bodenständige deutsche Bevölkerung handelt, Wien eine sterbende Stadt ist, und das ist in erster Linie denen zu danken, die diese Stadt seit 14 Jahren beherrschen. Es ist besonders hevorgehoben worden, dass in Wien so viele Wohnungen geschaffen wurden, dass auf drei Menschen schon eine Wohnung kommt. Trotzdem gehen Tausende in den Strassen herum und wissen nicht, wo sie die Nacht verbringen sollen. Auf der anderen Seite kann aber jeder, der über ein paar tausend Schilling verfügt, sich jederzeit eine Wohnung kaufen. Wir finden in den Ausweisen der Gas- und Elektrizitätswerke erhebliche Beträge für schuldige Gas- und Stromrechnungen und wir müssen uns [illegible], wie das möglich ist, da jedem, der die Licht und Stromrechnung nicht zahlt, Licht und Gas gesperrt wird. Die Ausgleiche sind ein blühender Wirschaftszweig der jüdischen Wirtschaftshyänen geworden und dort laufer diese rückständigen Beträge auf.

Das kläglichste Kapitel dieses ganzen Rechnungsabschlusses stellt vielleicht das Wohlfahrtswesen dar. Es fordert zur schärfsten Kritik heraus, das eine Gemeinderatsmehrheit, die sich als sozialdemokratisch bezeichnet, gerade das Wohlfahrtswesen zum Gegenstand von Ersparungen machen muss. Auf der einen Seite wird ein kostspieliges Stadion genaut und auf der anderen Seite erleben wir es jede Woche im Stadtsenat, dass Anträge auf Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für alte arbeitsunfähige Leute um zwei Schilling mit der Begründung abgewiesen werden, dass die Mittel nicht vorhanden sind. In den Versorgungsanstalten ist ein immer grösserer Abbau des Belages der Betten zu verzeichnen. Wir hatten im Jahre

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
8. Blatt
Wien, am .....

1922 acht Anstalten mit 1o498 Betten und haben jetzt nur mehr 6 Anstalten mit 87o2 Betten. Wir hatten im Jahre 1928 sieben Tuberkoloseheilanstalten mit 14oo Betten, heute sind es nur mehr zwei mit 7oo Betten. Wir hatten in der Jugendfürsorge 9 Anstalten mit 15oo Betten, jetzt sind die auf 3 Anstalten mit 9oo Betten gesunken. Wir könnten auch von den Lehrlingsheimen erzählen, die teils gesperrt, teils anderen Aktionen übergeben worden sind, von dem Institut für Krüppelfürsorge, das aufgelassen worden ist, und von anderen wichtigen der sozialen Fürsorge dienenden Einrichtungen, die teils gesperrt, teils so gering dotiert sind, dass sie nicht mehr in der alten Form aufrecht erhalten werden können.

2o verschiedene Steuern und Abgaben sind aus der Bevölkerung herausgepresst worden. Trotz des enormen Betrages von 36 ½ Millionen Schilling, der an Wohnbausteuer aus der jetzigen Generation herausgepresst wird, ist die Wohnungsfrage nicht gelöst worden. Man legtuns schön hergerichtete Bilanzen vor, bleibt aber die Antwort schuldig, bei welchen Banken die Gelder erlegt worden sind; wahrscheinlich bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, vielleicht auch bei der Arbeiterbank oder bei der Eskomptegesellschaft. Ich möchte da die Frage stellen, ob diese Millionen identisch sind mit jenen Millionen, die die Zentralsparkasse an sozialdemokratische Gemeinden in der Provinz verliehen hat, weil es sich hier um Beträge handelt, die uneinbringlich geworden sind. (Zustimmung bei den Nat. soz.) Ueber diese Tatsachen kommt man nicht hinweg, wenn man noch so schön garnierte Rechnungsabschlüsse und Berichte des Kontrollamtes vorlegt. Das Kontrollamt ist ein Institut, das aus Angestellten der Gemeinde zusammengestellt ist und besten Falles als ein Büro zur Rationalisierung, aber nicht als Kontrollamt bezeichnet werden kann. Ein solches könnte es nur dann sein, wenn an der Spitze ein paritätischer Ausschuss des Wiener Gemeinderates stünde. (Zustimmung bei der Parteigenossen.) Ausserdem ist uns ein Bericht des Rechnungshofes zur Verfügung gestellt worden, der nur sanft anzudeuten wagt, was ihm nicht genehm ist. Trotz dieses unerhörten Wohlwollens musste aber auch der Rechnungshof manche Kritik üben. Wir können also auch diese beiden Berichte nicht als eine Rechtfertigung des vorliegenden Rechnungsabschlusses ansehen. Wir haben auch keinerlei Anhaltspunkt dafür, dass in dem gegenwärtigen Sytem eine Aenderung eintreten würde. Es wird uns im Gegenteil wiederholt versich ert, es bleibt alles beim alten. Es wird die Bevölkerung weiter um ihr Geld gebracht werden, wir werden weiter die Stadt sein, die einen Weltrekord an Selbstmorden aufstellt, wir werden nocht weiter steigende Rekordziffern an Bankerotten und Ausgleichen aufzeichnen. Der Nationalsozialismus, vertreten durch seine Fraktion hier um Gemeinderat, wird nach wie vor den Standpunkt der schärfsten Ablehnung gegen diese Parteipolitik und gegen das Festhalten an Grundsätzen einnehmen, die für jeden logisch denkenden Menschen als überholt und als undurchführbar erwiesen sind. Wir werden daher selbstverständlich diesen Rechnungsabschlüssen nicht unsere Zustimmung geben. Es wird einmal die Zeit kommen, wo Rechenschaft wird abgelegt werden müssen nicht vor irgend einem selbstgeschaffen Kontrollamt, nicht vor irgend einem mimosenzarten Rechnungshof, sondern wo Rechenschaft wird abgelegt werden müssen denen, die die Leidtragenden dieser 14 jährigen Tätigkeit sind. An diesem Tage wird eine Prüfung dieser Rechnungsabschlüsse stattfinden, die objektiver und ehrlicher, aber für die Schuldtragenden bedenklicher sein wird als diese müssige Debatte über bereits durchgeführte Dinge. (Lebhafter Beifall bei den Nat. Soz.)

62o

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

9. Blatt

Wien, am .....

Gem. Rat Dr. Hanke (Nat. soz.) erklärt, seine Partei rechne es St.R. Breitner keineswegs zum Vorwurf an, dass er die Finanzgebarung auf einem bestimmten System aufgebaut hat, wohl aber, dass er von dieser Richtung nicht abgegangen ist, als er einsehen musste, dass sie zum Ruin führt. Es steht ausser Zweifel, dass sich St.R. Breitner bei den Ausgaben nicht von den Notwendigkeiten leiten liess, sondern vielmehr von dem Reklambedürfnis seiner Partei. Es war nicht das Wohl der Stadt entscheidend, sondern das Wohl der sozialdemokratischen Partei. Diese hat dem St.R. Breitner taxfrei den Titel eines Finanzgenies verliehen. Die Gewerbetreibenden haben ihm einen anderen Titel verliehen. Seine Tätigkeit hat sich darin erschöpft, dass er rücksichtslos Steuern eingehoben hat.

Es war ihm dabei vollkommen gleichgültig ob dabei Existenzen zugrunde gehen. Nach unserer Meinung war St.R. Breitner nur ein guter Steuereintreiber. (Zustimmung bei den Parteigenossen). Dazu gehört aber kein Genie, das trifft jeder Steuerbeamte. Es gehört nicht einmal Mut dazu, denn die Mehrheit hat ihm die nötige Deckung verschafft. Jetzt sind die Herren der Mehrheit am Ende und der Rücktritt des Finanzreferenten bestätigt diese offenkundige Totsache. Die Kassenbestände sind im Laufe des Geschäftsjahres auf eine Million Schilling gesunken, die Steuerrückstände betragen rund 24 Millionen Schilling. Redner fragt den Finanzreferenten, ob in diesem Betrage sämtliche Verzugszinsen und sämtliche Verzögerungszuschläge aufgenommen sind, und wenn ja, wie hoch die Verzugszinsen und Verzögerungszuschläge sind. Die Bevölkerung kann die Lasten nicht weiter tragen. Deshalb haben die Nationalsozialisten schon im Juli den Antrag gestellt, es sollen auf die Dauer von zwei Jahren sämtliche Steuerrückstände gestrichen werden, wenn die laufende Steuer pünktlich entrichtet wird; und wie werden im Zuge der Beratung des Vorantrages den Antrag erneuern. Der Redner kündigt einen Antrag auf Auflassung der Revisionsstelle an, bespricht dann die Frage der Subventionen, von denen auch sozialdemokratische Gemeinderäte unverblümt zugegeben haben, dass sie lediglich zu parteipolitischen Zwecken erfolgen, verlangt die Vorlage einer Gemeindehaushaltsordnung und kommt dann auf die Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu sprechen. Er verweist darauf, dass sich die Gemeinde Wien bei der Wök mit einem Betrage von 250.000 Schilling beteiligt (Gem.R. Dr. Riehl (nat. soz.): der grösste Skandal!) Das Gastgewerbe hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer zu leiden und es ist unverantwortlich, dass einem Konkurrenzunternehmen dieser Betrag zur Verfügung gestellt wird. Die Wök soll wieder zu dem gemacht werden, was sie ursprünglich war, zu einer Gemeinschaftsküche. Auch der Stadion-betriebgesellschaft wurde eine Stammeinlage von 175.000 Schilling geleistet. Der Pächter hat nicht nur einen hohen Pacht zu leisten, sondern er wird auch verpflichtet, wo er seine Waren einzukaufen hat, die Lieferanten werden ihm genau bezeichnet, und auch diese Lieferanten werden verpflichtet, an die Stadionvertriebsgesellschaft Beträge bis zu 20.000 Schilling zu bezahlen.

Zu dem Berichte des Rechnungshofes wäre noch zu sagen, dass der Rechnungshof die Richtigkeit des vorliegenden Berichtes bestätigen müsste, denn der Bericht ist uns nur in Abschrift und überdies in einer Form vorgelegt worden, in der er vom Rechnungshof gewiss nicht vorgelegt wurde.

Das Kontrollamt der Gemeinde Wien bietet in seiner heutigen Form keine Gewähr für eine wirksame Kontrolle. Wir hegen keinen Zweifel, dass die

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am .....

beauftragten Beamten ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen tun, aber ihre Berichte verschwinden. Wir verlangen daher, dass wie beim Land Niederösterreich ein dreigliederiger Ausschuss eingesetzt wird, der alle diese Berichte bekommt, und dass die Beamten des Kontrollamtes unabsetzbar gemacht werden. Wird dieser Antrag nicht angenommen, werden wir die Auflösung des Kontrollamtes verlangen.

Der Minderertrag an Gemeinde-und Landesabgaben, das Zusammenschmelzen der Kassenbestände, die rückständigen Gemeindesteuern illustrieren am besten die heutige Situation. Die Mehrheit ist pleite und sie hat den Ausgleich auch schon angemeldet; sie kann ihren Verpflichtungen, vor allem in der Fürsorge, nicht mehr nachkommen, sie muss die Aermsten der Armen kürzen. Bald wird auch das nicht mehr möglich sein und dann muss die Mehrheit den Konkurs anmelden und das Volk wird über das System Breitner zu Gericht sitzen . (Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz.)

Vorsitzender Weigl erklärt die Debatte für geschlossen und erteilt dem Finanzreferenten das Schlusswort.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

11. Blatt

Wien, am .....

St. R. Breitner: Die beiden Oppositionsparteien haben an dem Rechnungsabschluss 1931 und damit auch an der verwaltenden Mehrheit harte Kritik geübt. Das ist auch ganz selbstverständlich. Es kann eine Mehrheit nur nach jenen Grundsätzen verwalten, die eben ihrem Programm entsprechen, und muss daher das Missfallen der Opposition hervorrufen.

GR.Dr. Zörnlaib hat davon gesprochen, dass die Grossmannssucht der sozialdemokratischen Mehrheit in dieser Stadt Schiffbruch erlitten hat, dass eine wahnwitzige Ausgaben- und Abgabenpolitik das Elendsleben in dieser Stadt verschuldet habe. Wenn dem so wäre, würde die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Stadt längst ein vernichtendes Urteil über die Mehrheit gesprochen und ihr das Vertrauen entzogen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten - Zwischenrufe bei den Crhistlichsozialen und Nat. Soz. St.R. Frauenfeld : Ihr habt nur mehr Juden und Tschechen ! Die Mehrheit dieser Stadt sieht aber, dass in den Bundesländern draussen, die ausnahmslos unter bürgerlicher Verwaltung stehen, es nicht zustandegebracht haben, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen oder auch nur kleiner zu gestalten als in Wien. Die Mehrheit der Wiener Bevölkerung blickt über die Grenzen Oesterreichs hinaus und erkennt, dass eine Krise von unerhörter Gewalt über das Erdrund zieht. In England 2 Millionen Arbeitslose, in Deutschland 5 Millionen, in Amerika 11 Millionen ! Auch im fascistischen Italien ein Arbeitslosenstand von mehr als 1 Million Dann erkennt eben diese Wiener Bevölkerung, dass das fürchterliche Elend der Welt wahrhaftig nicht vom Wiener Rathause ausgehen kann, sondern dass dafür ganz andere Ursachen bestimmend sind.

Ich habe schon dargelegt, weshalb die Gemeinde im Jahre 1931 ihre Tätigkeit so arg schmälern musste. Die Abgabenteilung ist zu ungunsten Wiens geändert worden und daran ist ganz gewiss die Gemeindeverwaltung unschuldig. Grosse Bankinstitute sind zusammengebrochen und die Vertrauenskrise im kapitalistischen System hat geradezu verheerend gewirkt. Es sind die Wirtschaft vernichtende Devisenvorschriften erlassen worden, überall machen sich die zerstörendsten Autarkiebestrebungen geltend. Auch dafür hat die Gemeindeverwaltung gar keine Verantwortung.

St.R. Breitner befasst sich sodann mit den von den Debatterednern vorgebrachten Einzelheiten. Dann fährt St.R. Breitner fort: Es wurde gesagt, dass zwischen den Zeilen des Berichtes des Rechnungshofes ein besonderes Wohlwollen für die Wiener Verwaltung zu lesen sei. Der Rechnungshof ist eine von Wien gänzlich unabhängige Stelle. Wenn man schon zwischen den Zeilen lesen will, so nur innere Achtung vor einer reinen, ehrlichen Verwaltung (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

STR. Frauenfeld erklärte, man sterbte in dieser Stadt vor der Zeit. Das ist wahr! Aber nicht nur in dieser Stadt, nicht nur in ganz Oesterreich sondern auf dem weiten Erdenrund sterben Hunderttausende, sterben Millionen vor ihrer Zeit ! Sie gehen nicht zugrunde an unserer Verwaltung, sondern an den unheilbaren Fehlern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. (Beifall bei de Soz. dem.) . - Zwischenrufe).

Die nationalsozialistischen Redner haben sich mit dem bevorstehenden Wechsel im Finanzreferat befasst. GR. Hanke hat in diesem Zusammenhang von einem System Breitner gesprochen. Demgegenüber erkläre ich: Es gibt kein System Breitner und es hat keines gegeben. Der Finanzreferent der Gemeinde hatte sein Ressort im Sinne des Programmes der sozialdemokratischen Partei zu führen. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
12. Blatt
Wien, am .....

Gleich allen anderen Stadträten musste er sich bemühen, jene Grundsätze zur Geltung zubringen, die den Anschauungen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, die diese Verwaltung in dieser Stadt eingesetzt und bei jeder Wahl bestätigt hat.

Unzutreffend ist es,von einem starrsinnigen Festhalten an einmal beschlossenen Abgaben zu sprechen.Mit grosser Bereitwilligkeit wurden in den besseren Konjunkturen wiederholt Ermässigungen vorgenommen.Wäre Wien bei der Abgabenteilung nicht so verkürzt worden,so hätte dies auch weiter geschehen können.Wir bedauern es selbst,dass dies heute unmöglich ist.

Die sozialdemokratische Partei hat sich selbstverständlich von Anbeginn auch bei den Wiener Gemeindeabgaben zu der Auffassung bekannt,dass die Besitzlosen soweit als nur möglich geschont,die Besitzenden dafür aber weitestgehend zur Steuerleistung herangezogen werden müssen.Daran kann und wird sich natürlich nie etwas ändern.Deshalb kann auch ein Personenwechsel im Finanzreferat keinen Wechsel des Abgabensystem mit sich bringen.

Einer der Oppositionsredner hat vorausgesagt,es werde zum Schlusse eine lange Dankesrede des Bürgermeisters für mich geben.Das wird nicht der Fall sein.Ich habe den Herrn Bürgermeister dringend gebeten,von einer Würdigung meiner Tätigkeit und von jedem Dankeswort abzusehen. Das Bewusstsein,dass ich in dieser schweren Zeit der Stadt Wien im Dienste des Sozialismus dienen durfte,ist für mich Dank genug.(Stürmischer Beifall bei den Soz.dem.-Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei erheben sich und bringen STR.Breitner lebhafte Ovationen dar.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

XIII. Bl.

Damit ist die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II beendet.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I bemerkt GR. Stöger (chr. soz.) die Tatsache, dass der Finanzreferent, wie er heute sagte, seine Funktion nur im Sinne des Sozialismus ausgeübt hat, hat sich an dem städtischen Personal sehr bitter gerächt. Dem städtischen Personal wurde ein grosser Teil der Bezüge weggenommen und der Personalstand wurde trotz des ständigen Zuwachses von Agenden um einige hundert Personen herabgesetzt. Gegenüber dem Voranschlag wurde die ansehnliche Summe von weit mehr als 12 Millionen erspart. Durch eine solche Politik sägt die Gemeindeverwaltung an dem Aste, an dem sie sitzt. Die Gemeindeverwaltung hat durch ihren fluchwürdigen Sozialisierungswahn nicht wenig dazu beigetragen, die reiche Gemeinde von ehemals in die heillose Lage von heute zu bringen. Es ist aber herzlos und ungerecht, die Folgen dieses Irrwahns das Personal entgelten zu lassen. Die Gemeinde treibt mit den Kräften der Angestellten Raubbau aufs Höchste. Nur um der Sozialisierungsidee willen wurden eine Menge von Agenden der privaten Wirtschaft abgenommen und damit eine für die Gemeinde selbst schädliche Vergrösserung des Aufgabenkreises der Gemeinde und eine unnötige Aufblähung des Personalstandes herbeigeführt, der Personalaufwand in einer nicht zu rechtfertigenden Weise erhöht und damit die heutige unhaltbare Lage geschaffen. Sind die ungeheuren Summen, die der heutige Mammutbetrieb erfordert, nicht mehr aufzubringen, so suche man einen Ausweg nicht in der weiteren Verproletarisierung des Personals, sondern dann gebe man der Privatwirtschaft jene Betriebe zurück, die die Gemeinde zu Unrecht an sich gerissen hat. Durch die Uebernahme der Kanalräumungsarbeiten durch die Gemeinde wurde zum Beispiel der Personalaufwand schwer belastet, der Personalstand um einige hundert Angestellte vergrössert und der Privatwirtschaft Verdienstmöglichkeiten genommen. Fast 80 Prozent der Tischlergehilfen sind heute ohne Beschäfitung. Dafür hält aber die städtische Leichenbestattung eine eigene Tischlerei mit ca zwei Dutzend Arbeitern und auch eine eigene Spenglerei, Betriebe, die sich nicht nur mit der Herstellung von Särgen beschäftigen, sondern auch der Privatwirtschaft Konkurrenz machen. Dabei vereinigt der Leiter dieses städtischen Unternehmens die Leitung zweier grosser Abteilungen in seiner Person und hat in der Zeit einer so grossen Arbeitslosigkeit den entsprechenden Doppelbezug. Wie sich die Auflassung überflüssiger städtischer Betriebe auf den Personalaufwand auswirken würde, zeigt zum Beispiel die städtische Dampfwäscherei. Nachdem der Bund dieser Wäscherei die Reinigung der Wäsche der Fondskrankenanstalten abgenommen hatte, konnte der Personalstand von 165 auf 72 Personen reduziert werden. Eines der düstersten Kapitel ist die Schuwa. Zwar ist im Rechnungsabschluss 1931 eine Herabsetzung des Personalstandes der Schuwa ausgewiesen, aber die Leute wurden in Wirklichkeit nicht abgebaut, sondern den verschiedenen Ressors zugewiesen, ohne dass der überwiegende Teil dieser Menschen die Eignung für den schwierigen Magistratsdienst besitzt. Die Arbeiterzeitung hat mich einmal als eine der unerfreulichsten Gestalten des Wiener Gemeinderates bezeichnet. Ich lege sehr grossen Wert darauf, für Sie diese unerfreuliche Gestalt auch weiterhin zu bleiben. Ich gebe ohne weiters zu, dass in den Reihen dieser Schuwa auch anständige und brauchbare Menschen sind, die nur die Not der Zeit unter diesen Janhagel getrieben hat.

Zum Schlusse verweist der Redner darauf, dass die sozialdemokratische Partei mit grossem Applomb eine Lehrerhochschule errichtet hat, was sehr viel Geld verschlang. Kein einziger der Absolventen konnte aber

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am

XIV Bl.

bisher angestellt werden.Wenn man sich entschliessen könnte, die Lernmittel nur unbemittelter Kindern Eltern zu geben,könnten Hunderte von Junglehrern angestellt werden, ohne dass dem übrigen Pesonal nur ein Heller weggenommen würde.Der Redner erklärt, dass seine Partei gegen den Rechnungsabschluss stimmen werde(Lebhafter Beifall bei d. Chr.soz.)

GR.Scholz (nat.soz.) bemerkt,der Rechnungsabschluss 1931 zeige die grosse Hilflosigkeit,mit der die Gemeinde dem Personaletat gegenüberstehe.Sich mit den ziffernmässigen Ansätzen des Rechnungsabschlusses im Einzelnen zu beschäftigen, wäre müssig, da es sich hier um leblose Ziffern handelt, für die die Belege fehlen.Aber über eine Gruppe von Ziffern müssen wir sprechen.Wir finden es ungeheuerlich, wenn in einer Zeit, in der in Wien grausamer Hunger tobt, ein Bürgermeister über 25.000 Schilling im Jahr und ein amtsführender Stadtrat durchschnittlich 2000 Schilling im Monat bezieht.Für uns Nationalsozialisten ist es selbstverständlich, dass in diesen Zeitläufen für jeden,und sei es auch der verwöhnteste Proletarierführer, der Betrag von 800 bis 1000 Schilling genügen müsste,damit er sein proletarisches Dasein fristen kann. Wir werden von den Anträgen, die wir in der Beziehung gestellt haben, nicht abgehen.Wir wissen ganz genau, dass STR.Speiser bestimmt kein leichtes Amt hat,und wir wissen auch, dass er kein so freundlicher Herr zu den Juden ist, wie er es seinerzeit war.Der Grund davon liegt vor allem darin, dass STR.Speiser zur Verwaltungsgruppe III in Zwiespalt steht. Er ist wohl nur ein Wald- und Wiesenantisemit, aber immerhin ist er Antisemit geworden,da die besondere Bevorzugung des auserwählten Volkes in dieser Verwaltungsgtuppe sogar ihm über die Hutschnur geht.Der Redner wendet sich sodann dagegen,dass statt des vorgesehenen Betrages von 300.000 Schilling für Remunerationen aus verschiedenen Anlässen nur 18.000 Schilling ausbezahlt wurden, während der Betrag,der an Remunerationen für die Lehrpersonen an tschechischen Schulen vorgesehen war, beinahe zur Gänze verausgabt wurde. Für Sie,die Sie uns bei unserem Einzug in den Gemeinderat mit den Rufen "Naz dar pane" begrüsst haben , ist es sehr bezeichnend, wie Sie sich einstellen, wenn es sich um Tschechen handelt.Der Redner erklärt nun,an einem Beispiel zeigen zu wollen, wie seitens der Gemeindeverwaltung vorgegangen wird, wenn es sich darum handelt, Bodenständige bei der Gemeinde unterzubringen.Ein junger Ingenieur ,dessen Urgrosseltern schon in Wien ansässig waren, der ausserordentlich berücksichtigungswürdig ist, konnte trotz 5jähriger Bemühung bei der Gemeinde nicht unterkommen.Der Mann ist jetzt auf dem Selbstmordstandpunkt.Dagegen kam zur gleichen Zeit einer seiner Jahrgangskollegen,ein junger Jude,der über Protektion verfügte,unter, obwohl er dazumal noch gar nicht die Wiener Zuständigkeit hatte.Ein besonderes Kapitel sind die Fahhkonsulenten bei der Gemeinde.Da wurde ein gewisser Blech als Vertragsangestellter mit 200 Schilling angestellt, der Mann hat ausserdem Nebenbezüge von 600 Schilling.Er war Ledergalantrist und gilt heute bei der Gemeinde als Gummispezialist(Heiterkeit bei den Nat.soz,).Beim Strahleninstitut ist ein junger Mann angestellt mit einer Zulage von 200 Schilling.Ausserdem wurden ihm für Radiopräparate nicht weniger als 21. 000 Schilling ausbezahlt.Es ist der Neffe des Bezirksvorstehers des I.Bezirks.Eine Kindergärtnerin steht seit 7 Jahren im Gemeindedienst, obwohl sie heute noch Reichsitalienerin ist.Dagegen wurde der Mutter unseres tschechoslowakischen Kollegen Krebs ,einer Frau von 85 Jahren,die seit 27 Jahren in Wien wohnt,die Heimatzugehörigkeit verweigert, obwohl sie ihr vorher in der Bezirksvertretung von der sozialdemokratischen Partei zugebilligt worden war.Im Juni dieses Jahres wurde in

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
15. Blatt FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien, am .....

einer Abteilung der Gemeinde ein Oberrechnungsrat bei einem Sechservorschlag an erster Stelle vorgeschlagen.Dieser Mann wurde seit 7 Jahren übergangen, weil er den einen Fehler hat, nicht rot organisiert zu sein.Der Vorschlag wurde nach einem Monat vom Direktionsrat Rössler zur neuerlichen Stellungnahme der Personalkommission zurückverwiesen.Das heisst,der Mann wird von der ersten Stelle abgesetzt.Direktionsrat Rössler ist die rechte Hand des STR Speiser.Er selbst ist im Jahre 1912 bei der Gemeinde eingetreten und ist,wozu ein anderer 24 Jahre braucht,innerhalb 8 Jahren unter Ueberspringung von 9 Gehaltsstufen und 5oo Vordermännern in seine heutige Stellung gekommen.

Senatsrat Trönle hat ebenfalls 6 Bezugsstufen übersprungen. Der Vizedirektor der städt. Strassenbahnen, der seit 191• im Dienst der Gemeinde Wien ist, soll heute einen Monatsbezug von 25oo Schilling haben. Direktionsrat Eduard Strauss im Elektritzitätswerk hat seit 7 Jahren ausgedient und es ist nicht möglich, ihn zu entfernen, weil er als Bilanzkünstler gilt. Direktionsrat Rudolf Reiter war noch vor einigen Jahren ein kleiner Beamter, heute bewohnt er eine 3 Zimmerwohnung. Die Folge dieser Zustände ist eine grenzenlose Unzufriedenheit und ein grenzenloses Misstrauen in die Verwaltung dieser Stadt. (Beifall bei den Parteigenossen).

GM. R. Dr. Suchenwirth (Nat. soz.) bespricht die Verhältnsisse in der Wiener Schulverwaltung. Im Jahre 192• betrug die Zahl der Leiter 46• , die Zahl der Fach- und Klassenlehrkräfte 7455. Im Jahre 1931 gab es nur mehr 366 Leiter und 464o Fach- und Klassenlehrkräfte, also um 38 % weniger Lehrkräfte, obwohl die Zahl der Schüler in den letzten Jahren im Steigen begriffen ist. Wenn wir uns vor Augen halten, dass die Gemeinde Wien in dem gleichen Zeitraum beinahe überhaupt keine Neuanstellungen vorgenommen hat, so bekommen wir das Bild einer Ueberalterung der einzelnen Lehrkörper und ein schreckliches Bild der Not und Elend in den Reihen der jungen Lehrer. Aber die rote Gemeindeverwaltung hat immer noch Geld für alle möglichen Ankäufe, sie hat Geld, für eine Schuhwa auszurüsten und einen •zechischen Schulunterricht in einem Unfang aufrecht zuerhalten, der über das uns durch die Friedensverträge aufgenötigte Mass weit hinaus geht. (Zustimmung bei den Parteigenossen). Was die Leiterernennungen anbelangt, so haben wir kein wohldurchdachtes System, es gibt in Wien nur einen Leitererennungskandal. (Neuerliche Zustimmung bei den Nat. soz.) Von 1927 bis 1931 wurden in Wien 315 Leiter ernannt, darunter nicht weniger als 278 Sozialdamokraten und bloss 32 Christlichsoziale und nur 5 völkische Lehrer. Bei den Vertretungswahlen im Jahre 193• haben die Sozialdemokraten in der Lehrerschaft nur 41 % der Stimmen erreichen können, aber 88 % der Leiterstellen erhalten. (Pfui-Rufe bei den Parteigenossen). Die völkischen Lehrer haben bei diesen Wahlen 26 % der Stimmen erreicht, aber nur 2 % der Leiterstellen bekommen . Die Herren Seitz und Glöckel haben, als sie noch im Kampf gegen das damals herrschende System standen, sich in der schärfsten Weise gegen die Behandlung der Lehre nach politischen Gesichtspunkten gewendet, heute aber dulden sie alle diese Handlungen. Die Personalpolitik, die der Stadtrat Speiser mit seinem Namen deckt, hat dazu geführt, dass die anständigen und heimattreuen Elemte der jungen Lehrerschaft von jeder Hoffnung, je-mals eine Leiterstelle zu erlangen. ausgeschlossen sind. Es wird keine Rücksicht auf die Qualifikation

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
16. Blatt
Wien, am

und auf das Dienstalter genommen, es entscheidet lediglich die parteipolitische Zugehörigkeit. Die sozialdemokratischen Lehrer erhalten Geldauszeichnungen und Stufenvorrückungen, während die völkischen und christlichen Lehrer eine Anerkennung nur in Form eines Belobungsdek retes bekommen. Um die ausgedienten Wiener Lehrer und Lehreninnen für den Entgang der Leiterstellen einigermassen zu entschädigen, wurde eine in die Pension einrechenbare Alterszulage geschaffen. Jedes Jahr sollten 2oo Lehrer nach dem Dienstalter darankommen. In der Praxis wird aber nicht nach dem Dienstalter, sondern willkürlich nach der Parteizugehörigkei vorgegangen. StR. Speiser sagt, er kennt keinen Terror bei der Gemeinde Wien, wenn wir aber näher zusehen, sehen wir nicht nur Terror, sondern etwas viel gemeineres, Korruption und Gesinnungsschändung der Angestellten. Die Gemeindeverwaltung behandelt die Lehrer je nach ihrer Gesinnung mit Zuckerbrot und Peitsche. Es wird einmal der Tag kommen, wo die Wiener Lehrerschaft genau so wie die Wiener Bevölkerung mit der Peitsche die Glöckel, Seitz und Speiser davonjagen wird,

(Beifall bei den Nat. soz.).

Gem.R. Dr. Riehl. (Nat. Soz.) befasst sich mit der Anstellu von Aerzten in der Wiener Gemeindeverwaltung. Was würde sich im Gemeinc rat von Warschau oder Lemberg abspielen, wenn bei diesen Gemeinden geradezu prinzipiell aus Steiermark oder Oberösterreich gebürtige Aerzte angestellt würden ? Aber auch in reichsdeutschen Städten würden sich selbst die Vertreter der sozialdemokratischen Partei und vielleicht sogar die Kommunisten dagegen wehren, dass Aerzte aus den östlichen Gebieten angestellt werden. In Wien aber besteht ein förmlicher numerus clausus in dem Sinne, dass höchstens eine ganz kleine Minorität von Ariern in städt. Dienste aufgenommen wird. Hier findet jeder ein Unterkommen, der die Mitgliedskarte der soz. dem. Partei aufweist, ohne Rücksicht darauf, welcher Rasse oder Nation er angehört. Wenn die Arbeiterschaft einmal auch solche Blätter lesen dürfte, die ihr nicht vorgeschrieben sind, würde sich auch in ihren Reihen ein Sturm der Entrüstung über die Verhältnisse erheben. Ein besonderes Eldorado für Galizien ist die Heil- und Pflegeanstalt Steinhof. Hier finden wir unter den Aerzten die Namen Dr. Leo Dornfeld, Dr. Julius Eisenthal, Dr. Klara Frank, Dr. Karl Friedmann, Dr. Regine Grauer, Dr. Ernst Löffler, Dr. Marie Morgenstern, u.s.w., fast alle in Galizien oder in Ungarn geboren. Selbst unter dem Pflegepersonal finden wir Juden aus Polen. (STR. Frauenfeld : Die städt. Betriebe sind Filialen der Kultusgemeinde !) Auch in dem einzelnen Wiener Bezirken ist der Prozentsatz der jüdischen Aerzte unverhältnismässig gross. Die Verjudung des Aerztestandes ist durch die Sozialdemokratie derart gefördert worde dass es für Leute katholischen oder evangel. Bekenntnisses überhaupt unmöglich ist, einen Posten zu bekommen. Die wenigen, die hinenschlüpfen, müssen zuerst konfessionslos werden. Vereinzelte Renomierchristen dienen nur als Alibibeweis. Es ist ein Skandal sondergleichen, in einer Zeit solcher Massennot der jungen geistigen Arbeiter dieser Stadt gerade auf diesem Gebiete ausschliesslich dem Judentum Tür und Tor zu öffnen. In einer Zeit, in der die Jugend, die ihre Studien absolviert hat, keine Aussicht auf einen Posten hat, steht die ganze Bevölkerung nicht nur unter einer marxistischen Herrschaft, sondern geradezu unter einer bewussten jüdischen Rassenherrschaft zur Vertilgung der arischen Intelligenz unseres Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

17. Blatt

Wien, am .....

St.R. Speiser bemerkt gegenüber dem Gm.R. Stöger , dass es sich bei den Abstrichen an den Bezügen der städt. Angestellten um Notwendigkeiten gehandelt hat, die beim Bund in einen viel grösseren Ausmass erfüllt worden sind. Wenn GmR. Stöger von den Doppelbezügen des Leiters eines grossen Unternehmens gesprochen hat, so muss darauf aufmerksam gemacht werden,dass der betreffende Beamte das zweite Unternehmen in selbstloser Weise gegen eine ganz geringfügige Barkosten -entschädigung leistet. Die Entziehung der Arbeiten des Bundes aus der städt. Wäscherei hat bewirkt, dass eine ziemlich grosse Anzahl von Männern und Frauen arbeitslos geworden sind, die heute in andere Betrieben unter viel schlechteren Bedingungen arbeiten müssen. (Hört - Hört - Rufe bei den Soz. Dem.) Die Bezeichnung der Gemeindewache durch den Gem.R. Stöger als Janhagel müsse er auf das allerschärfste zurückweise. (Lebhafter Beifall bei den Soz. Dem.)Ein Teil der Abgebaute Mitglieder der Gemeindewache versieht in der Irrenpflege, Strassenpflege, und in anderen Verwaltungszweigen auf das Gewissenhafteste seinen Dienst und diese Leute werden von den Vorgesetzten wegen ihrer Tüc tigkeit und Befähigkeit ausserordentlich gelobt. Gegenüber der Behauptung des Gem.R. Stöger, dass von den Absolventen der Lehrerhochschulkurse in der Burggasse auch nicht einer eine Stellung erhalten hat, stellt der Redner fest, dass eine garnicht unbedeutende Zahl solcher Lehrer heute schon im städt. Dienste steht und dass von den vielen Hunderten dort Herangebildeten nur etwa 15o derzeit ohne Stelle sind. Den Vorschlag, den Mittelstand dieser Stadt das Recht des freien Schulbücherbezuges für seine Kinder zu nehmen, müsse er als demagogisch zurückweisen. (Beifall bei den Soz. dem.). (Zwischenrufe bei den Christl. s

Der GemR. Scholz hat von einem Zwist des Personalreferates mit der Verwaltungsgruppe 3 gesprochen. (Gem.R. Dr. Hanke : Das ist doch stadtbekannt !) Gewiss kommen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verwaltungsgruppen der Gemeinde Wien vor, wie ja auch solche zwischen den Ministerien öfters vorkommen. Ich kann dem Gemeinderat auch die Neuigkeit mitteilen, dass ich in den 12 Jahren meiner Amtstätigkeit im Rathaus mit dem Finanzreferenten ST.R. Breitner sehr häufig in Zwist gekommen bin. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. dem.) Und ich kann Ihnen auch das Geständnis machen, dass das Personalreferat auch mit anderen Referaten öfters Meinungsverschiedenheiten auszutragen hat. Immer aber sind diese Meinungsverschiedenheiten in den unter Demokraten üblichen Formen ausgetragen worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.dem. Richtig ist, dass ich mich bei Anstellungen um die Religionszugehörigkeit in keiner Weise kümmere. Das entspricht unserem Program und eine Mehrheit hat die Aufgabe, nach ihrem Program zu verwalten. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.) In den letzten lo Jahren sind viele tausende junge Menschen bei der Gemeinde untergebracht worden (Gem.R. Mühlberger : Juden! Das ist eine Lüge und Verleumdung. Man operiert immer damit, dass man einze Gruppen herausgreift. Wahr ist, dass sich unter der Wiener Aerzteschaft sehr viele Juden befinden.

Bei den von der Gemeinde angestellten Arzten handelt es sich nicht um Hauptberuflich angestellte Aerzte, sondern um Schulaerzte, Hilfsaerzte in den Spitälern, um Aerzte in den Fürsorgeinstituten, wo die Bezahlung meist nur etwas über 2oo S ausmacht. Wenn hier mit Pathos davon gesprochen wurde, dass in Wien keine jungen Lehrer angestellt werden, dann mutet es mich sonderbar an, dass in einer Zeitung vom lo.Sept.1932 (Rufe b den Nat. soz. : in welcher ?) im"Kampfruf" (Schallende Heiterkeit bei den Soz. dem), berichtet wurde, dass in Braunschweig an Beamten zusammen lo9 und an Lehrern 147 Stellen eingespart wurden. (Stürmische Hört-Hörtruf bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

17 a Blatt

Wien, am .....

Während der Debatte ist eine Anzahl leitender Beamten des Wiener Magistrates angegriffen worden. Dass man besonder tüchtige Beamte an leitende Stellen bringt, liegt im Interesse einer guten Verwaltung und die Männer, die hier genannt worden sind, brauchen sich dieser Nennung in der Oeffentlichkeit nicht zu schämen. Wir wären froh, wenn wir noch eine sehr grosse Zahl ebenso tüchtiger Beamten hätten. Ich wäre der Erste, der immer im Rahmen der Möglichkeit auch für alle anderen eine Belohnung ihrer hervorragenden Leistungen beantragen würde. Es wurde behauptet, dass ein leitender Beamter des Elektrizitätswerkes angeblich als kleiner Beamter im Magistrat gewirkt hat.

629 a

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
XVIII.
Wien, am .....

Das ist nicht richtig.Der betreffende Beamte war ein ganz hervorragender und ausgezeichneter Beamter des Magistrates und ist wegen seiner besonderen Befähigung in das Elektrizitätswerk übernommen worden. Ich würde Ihnen überhaupt raten,Nachrichten,die Ihnen aus Kreisen Unzufriedener zukommen,deren Wünsche vielleicht nicht erfüllt wurden,weil sie die nötige Eignung nicht haben, nicht ungesehen anzunehmen,sondern sich eher zu erkundigen,ob nicht Neid eine Triebfeder der Angebertätigkeit war.(Lebhafter Beifall bei de. Soz.dem.-Zwischenrufe).Die Herren von der nationalsozialistischen Partei sind die letzten, die das Recht haben, sich für Beamte einzusetzen und zu erklären, sie seien Beamtenvertreter. Insbesondere haben sie nicht das moralische Recht, gegen angeblich vorhandene, in Wahrheit nicht bestehende Ungerechtigkeiten und parteipolitische Behandlung aufzutreten.Da hat ein Herr Münchmayer in einer nationalsozialistischen Versammlung erklärt:Merken Sie sich, alle Personen, vom Bürgermeister bis zum kleinsten Beamten, die uns heute bekämpfen.Am Tage unseres Sieges werden wir mit diesen Leuten abrechnen.Jeder Beamte, der uns bekämpft hat, wird am Tages unseres Sieges fristlos und ohne Pension entlassen(Stürmische Hört-Hörtrufe bei den Soz.dem.-GR.Frauenfeld:Und haben die Sozialdemokraten in Preussen nationalsozialistische Beamte nicht ebenfalls fristlos entlassen?)Wenn man vielleicht sagt, es handle sich bei dem Herrn Münchmayer nur um eine rednerische Entgleisung, so kann man vielleicht einen geschriebenen Satz ernster nehmen.Im "Angriff" vom 14. März 1931 steht der Satz gedruckt:"Jeder Beamte,der den Kampf der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zu verhindern versucht hat, bei dem merken wir uns den Namen.Diese werden fristlos und pensionslos entlassen" (Stürmi. Hört-Hörtrufe bei den Soz.dem.)Eine Partei,deren Vertreter solche Sätze sprechen, haben nicht das Recht zu einer Kritik,wie wir sie gehört haben. Die Kritik ist aber auch in gar nichts begründet(Lebhafter Beifall b.d. Soz.dem.)

Vorsitzender Dr.Neubauer ruft den GR.Stöger,der Mitglieder der Gemeindewache als "Janhagel " bezeichnet hat,wegen dieses unparlamentarischen Ausdrucks zur Ordnung.Der Vorsitzende stellt sodann fest, dass auch während des übrigen Teiles der Debatte beleidigende Ausdrücke gefallen sind ohne dass es feststellbar sei, wer diese Ausdrücke gebraucht habe. Er ersucht die Mitglieder des Gemeinderates dringend, jeden beleidigenden Ausdruck zu unterlassen.

GR.Stöger bemerkt gegenüber dem STR.Speiser,es sei ihm nicht im Traum eingefallen, zu verlangen,dass den Kindern kleiner Beamten und Lehrer der unentgeltliche Bezug der Schulbücher genommen werde. Er habe ausdrücklich erklärt, wenn etwa dem dritten Teil der Schulkinder die Lermittel nicht umsonst gegeben würden, könnten tausenden von Jungen Lehrern untergebracht werden. Er habe dabei durchaus nicht an die kleinen Lehrer und Beamten gedacht, sondern zum Beispiel an jene ausländischen Grossindustriellen, die ihre Kinder täglich mit dem Auto in die Schule führen und die trotzdem von der Gemeinde die Lermittel umsonst bekommen.Wenn die Mehrheit diese Leute begünstigen will,überlassen wir das ihr.

Damit ist die Beratung des Rechnungsabschlusses der Verwaltungsgruppe II beendet.

Als der Vorsitzende zur Verwaltungsgruppe III der GRTin Dr.Motzko das Wort erteilt,stellt diese den Antrag, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit die Verhandlung über den Rechnungsabschluss abzubrechen. 6.30

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
XIX.Blatt
Wien, am .....

Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender Dr.Neubauer teilt sodann mit,dass 6 Dringlichkeitsanträge überreicht worden seien, dass ihm aber seitens der nationalsozialistischen Partei bekanntgegeben wurde,dass die 5 Dringlichkeitsanträge der nationalsozialistischen Partei zurückgezogen werden.

Es ist daher nur über den Dringlichkeitsantrag der GR.Biber und Kollegen betreffend die Abänderung der Lieferungsbedingungen der Gemeinde bedingt durch den Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer zu verhandeln. In diesem Dringlichkeitsantrag wird ausgeführt, dass nach dem Bundesgsetz vom 18. August 1932 über den Krisenzuschlag zur allgemeinen Warenumsatzsteuer verfügt wird,dass die Ueberwälzung der Warenumsatzsteuer sowie des Krisenzuschlag,ausschliesslich durch die gesonderte Anrechnung zu geschehen hat, dass entgegenstehende Uebereinkommen keine Geltung haben und die Abnehmer der Lieferunge(Leistungen) verpflichtet sind,die ihnen ordnungsmässig angerechnete Warenumsatzsteuer samt Krisenzuschlag zu ersetzen.Im Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen ist die Festlegung jener Waren, die von der Verpflichtung zur gesonderten Anrechnung enthoben sind, bereits erfolgt.Die Leistungen des gesamten Baugewerbes sind von diesen Ausnahmen nicht betroffen.Aus diesen Tatsachen ergibt sich die Notwendigkeit, die für die Herstellung von Bauleistungen für die Gemeinde Wier bestehenden Bedingnisse und auch jene für verschiedenen anderen Bedarf dahin zu ändern,dass die Warenumsatzsteuer samt Krisenzuschlag gesondert angerechnet zu werden hat.Es wird daher beantragt,dass die Lieferungsbedingungen der Gemeinde Wien im Sinne der angeführten gesetzlichen Bestimmunger umgehend abgeändert werden.

GR.Biber (chr.soz.)bezeichnet die Dringlichkeit des Antrages mit Rücksicht darauf gegeben, dass ein so grosses Gemeinwesen wie die Gemeinde Wien sich nicht ausserhalb des Rechtszustandes stellen darf.Der in dem Gesetz vorgeschriebene Termin ist bereits überschritten.Die Gemeinde befindet sich daher heute im Verzug.

St.R.Richter bemerkt hiezu,dass im Magistrat gegenwärtig an neuen Baubedingnissen gearbeitet wird und dass diese in einigen Tagen publiziert werden.In diesen Bedingnissen ist auch der vom GR.Biber verlangte Passus vorgesehen.Er bittet,die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen, da dieser offene Türen einrenne.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Vorsitzender Neubauer teilt sodann mit, dass 4 Anträge zur Besprechung von Anfragem und der darauf erteilten Antworten vorliegen.Bei 3 dieser Anträge ist die Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 30. September vollzogen worden.Eine Besprechung hätte also in dieser oder in der folgenden Sitzung vom 21.Oktober stattfinden müssen,die Anträge sind daher verspätet überreicht worden.Der 4.der Anträge betrifft eine Anfrage an den Stadtrat der Gruppe VI betreffend die Mitbenützung von Turnsälen durch den deutschen Turnverein Rudolfsheim.Zu diesem Antrag erteilt der Vorsitzende dem GR.Gratzenberger das Wort. Da dieser im Sitzungsssal nicht anwesend ist, verliert er das Wort.Der Antrag selbst wird abgelehnt.
Schluss der Sitzung 21 Uhr 45 .

631

-.-.-.-.-.-